

Nachbesserung für Verkehrskonzept

Fünf Vorstösse im Grossen Rat wollen dem Gewerbe die Zufahrt zur Innenstadt erleichtern

Von Christian Fink

Basel. «Allen kann man es nicht recht machen», sagte die grünliberale Grossrätin Martina Bernasconi. Gleichwohl hat das Verkehrskonzept Innenstadt Nachbesserungsbedarf. Dies zumindest ist die Meinung von fünf Grossrätinnen und Grossräten, die im Parlament gemeinsam fünf Vorstösse einreichen. Dabei geht es vor allem um eine rasche Verbesserung der Situation für das Gewerbe.

Es könne nicht rechtzeitig oder nur in ungenügenden Zeiträumen angeliefert werden, so der Direktor des Gewerbeverbandes Basel-Stadt, Gabriel Barell. «Wir sind zwar für eine attraktive Stadt, aber mit dem und nicht gegen das Gewerbe.» Das neue Verkehrsregime schränke viele Unternehmen in und ausserhalb der Kernstadt in ihrer Geschäftstätigkeit ein. In der Begleitgruppe des Justiz- und Sicherheitsdepartements hätten nur für einen kleinen Teil der Härtefälle befriedigende Lösungen gefunden werden können, hiess es anlässlich der Medienorientierung beim Gewerbeverband.

Pasqualine Balmelli-Gallacchi von der CVP fordert in ihrer Motion gewerbefreundlichere Güterumschlagzeiten in der Innenstadt. Dabei geht es um eine «moderate Ausweitung der Anlieferungszeiten». Sie sollen neu zwischen 5 und 11 Uhr, also eine Stunde länger, gelten. Selbiges soll auch für den Samstag gelten.

Martina Bernasconi (GLP) verlangt in ihrer Motion, dass Unternehmen mit eigenem Produktionsbetrieb in der Innenstadt zwecks Güterumschlag jederzeit mit Ökofahrzeugen zu ihrem Unternehmensstandort zu- und wegfahren



Eine letzte Runde. Noch rollt der Individualverkehr über den Barfüsserplatz, mit dem neuen Verkehrsregime wird damit bald Schluss sein. Foto Moira Mangione

können. Für die Umstellung auf neue Fahrzeugtypen soll eine Übergangsfrist von mindestens zwei Jahren gelten.

Hoher Aufwand für Gebühren

Mirjam Ballmer von den Grünen wiederum schlägt in ihrer Motion ein privatwirtschaftliches City-Logistik-Modell vor. Der Regierungsrat soll eine bestimmte Anzahl von Betriebskonzessionen für Kurierbetriebe erteilen. Mit dieser Konzession wäre es Kurierunternehmen gestattet, jederzeit mit lärm- und schadstoffemissionsarmen Ökofahrzeugen in die Innenstadt zu fahren,

sofern das abzuholende oder zu liefernde Produkt nicht per Velo mit Anhänger oder einem Lasten-E-Bike transportiert werden kann.

Andreas Zappalà (FDP) möchte ein gerechteres, einfacheres und günstigeres Gebührensystem. Für Gewerbetreibende in der Kernzone fielen ausserhalb der Güterumschlagzeiten neben dem administrativen Aufwand rasch Gebührensrechnungen von mehreren Hundert Franken an. Gleichzeitig zahle ein Betrieb mit einem zweiwöchigen Auftrag lediglich eine Gebühr von zwanzig Franken. «Diese Ungleichbehandlung

ist nicht nachvollziehbar», zumal die beabsichtigte Lenkungswirkung der Gebühren nicht notwendig sei, da durch die Prüfung der Gesuche ohnehin eruiert werde, ob die Erteilung einer Ausnahmebewilligung gerechtfertigt sei oder nicht.

Heiner Vischer (LDP) schliesslich möchte im Sinne einer klaren und unbürokratischen Durchsetzung der verkehrsfreien Innenstadt eine Beschleunigung der Planung für die Einführung eines Poller-Systems. Das entsprechende Pilotprojekt am Spalenberg soll nicht erst in drei, sondern bereits in einhalb Jahren evaluiert werden und bereits im Sommer 2015 dem Grossen Rat vorgelegt werden.

Das Vorstoss-Paket ist parteipolitisch breit abgestützt. Denn nur so sei gewährleistet, dass die angestrebten Verbesserungen im Parlament mehrheitsfähig sind und schnell wirksam werden. Die Umsetzung der Vorstösse würde zu einer raschen Verbesserung der Situation für eine grosse Mehrheit der betroffenen Unternehmen führen, so Barell. Dabei sei auf unrealistische Maximalforderungen bei den Vorstössen verzichtet worden. Einige der Forderungen hätten von der Regierung und Verwaltung auch ohne politischen Auftrag umgesetzt werden können.

Da dies bislang trotz der sich abzeichnenden Probleme nicht passiert sei, fordert der Verband, dass die Behörden nach Überweisung der Vorstösse rasch tätig werden und bis zum Sommer Klarheit über die Verhältnisse in der verkehrsfreien Innenstadt herrschen. «Für viele der Betriebe und Gewerbetreibenden geht es dabei vor allem um Rechtssicherheit.»